

Studenten haben Fernweh

Auslandsstudium. Die Zahl der deutschen Studenten an ausländischen Universitäten ist innerhalb von zehn Jahren um das Anderthalbfache gestiegen. Um den – politisch gewollten – Boom weiter zu fördern, sollen die Finanzierung eines Auslandsstudiums verbessert und die Anerkennung der Studienleistungen vereinfacht werden.

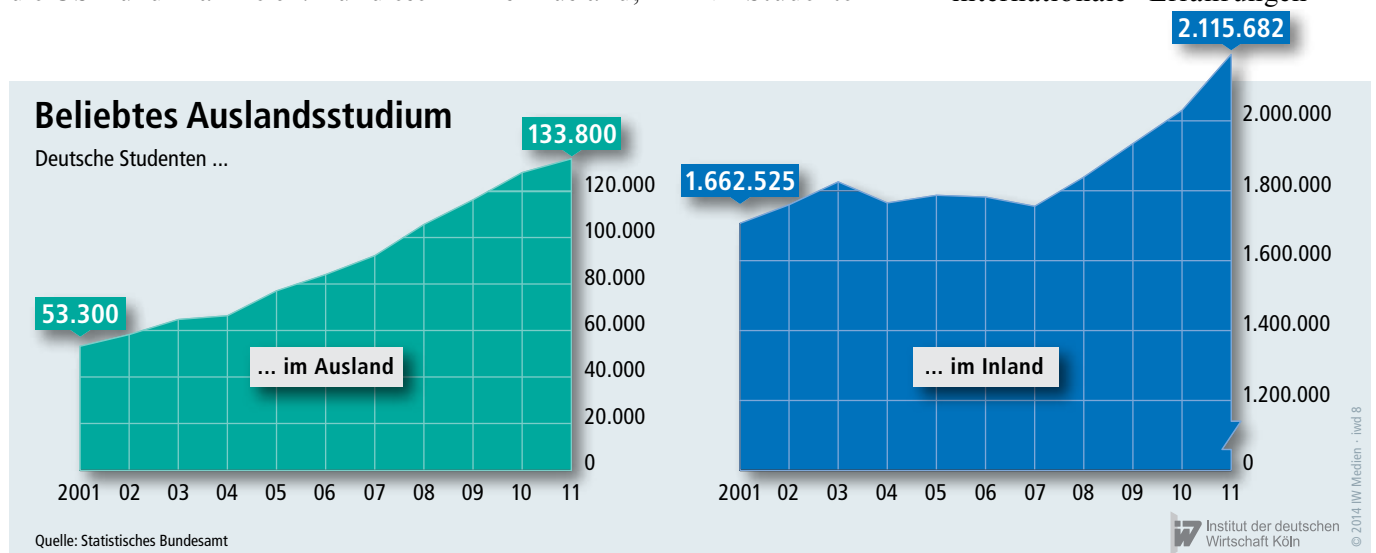
Im Jahr 2001 studierten mehr als 53.000 Deutsche im Ausland, zehn Jahre später waren es schon 133.800 (Grafik). Damit hat sich die Auslandsquote von 3 auf 6 Prozent verdoppelt. Die beliebtesten Gastländer waren 2011 Österreich, die Niederlande, Großbritannien, die Schweiz, die USA und Frankreich. Auf diese

sechs Länder entfielen zusammen drei Viertel aller deutschen Auslandsstudenten (Grafik Seite 2).

Das studentische Fernweh ist allerdings nicht in allen Fächern gleich stark ausgeprägt. So zieht es angehende Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler besonders oft ins Ausland, MINT-Studenten –

also angehende Ingenieure, Mathematiker und Naturwissenschaftler – besuchen lieber eine heimische Uni. Für die MINTler sollten mehr Anreize für ein Auslandsstudium geschaffen werden, denn die europäische Industrie muss in Zukunft vernetzter arbeiten, braucht daher Mitarbeiter mit internationaler Ausbildung und Erfahrung.

Warum deutsche Studenten an ausländische Unis gehen, ist kein Geheimnis: Die einen interessieren sich für andere Kulturen und wollen internationale Erfahrungen →



Inhalt

Arbeitskosten. Im Kraftfahrzeugbau und in der chemischen Industrie kostet die Arbeitsstunde in Deutschland bereits mehr als 50 Euro.
Seite 3

Infrastruktur. Fast zwei Drittel der hiesigen Unternehmen sehen ihre Geschäftstätigkeit durch marode Straßen und fehlende Autobahnspuren beeinträchtigt.
Seite 4-5

Südostasien. Der Direktinvestitionsbestand deutscher Unternehmen in China belief sich zuletzt auf fast 35 Milliarden Euro.
Seite 6

Preise. Viele Deutsche fürchten sich vor einer Inflation, dabei steigen die Verbraucherpreise nur moderat.
Seite 7

Strompreis. Mehr als die Hälfte dessen, was Verbraucher in diesem Jahr für ihren Strom bezahlen, sind staatlich festgelegte Abgaben.
Seite 8

→ sammeln, andere sind NC-Flüchtlinge. Der Numerus clausus treibt vor allem Medizinstudenten aus dem Land. Dass davon erstaunlich viele ausgerechnet nach Ungarn gehen – über 70 Prozent aller deutschen Studenten in Ungarn studieren Medizin – liegt daran, dass es dort ein großes Angebot an Kursen auf Deutsch gibt.

Mit Einführung der Bologna-Reform haben sich weitere Gründe für ein Auslandsstudium ergeben: Die Studenten können nun die Zeit zwischen Bachelor- und Masterstudium für einen studienbezogenen Auslandsaufenthalt nutzen, zum Beispiel für ein Praktikum. Viele entscheiden sich auch dafür, das komplette Masterstudium im Ausland zu absolvieren.

Bund und Länder wollen, dass künftig jeder zweite deutsche Student Auslandserfahrung sammelt – bislang ist es nur jeder dritte.

Der Grund für die Zurückhaltung ist – neben finanziellen Problemen – die oft schwierige Anerkennung von Studienleistungen aus dem Ausland. Zwar ist die „Lissabon-Konvention zur Anerkennung der Qualifikationen im Hochschulbereich“

EU-Kredit für Masterstudenten

Ab dem Wintersemester 2014/15 sollen Studenten, die ein bis zu zweijähriges Masterstudium im Ausland absolvieren, ein zinsgünstiges Darlehen von maximal 18.000 Euro bekommen können. Diese Regelung gilt für ein Auslandsstudium innerhalb der EU, in den EU-Kandidatenländern Türkei und Mazedonien sowie in den EFTA-Staaten Island, Liechtenstein und Norwegen; die Teilnahme der Schweiz ist wegen der Volksabstimmung vorläufig ausgesetzt. Bei diesen Krediten trägt die EU einen Teil des Ausfallrisikos, die Durchführung liegt beim Europäischen Investitionsfonds (EIF). Die nationalen Finanzdienstleister müssen sich beim EIF bewerben.

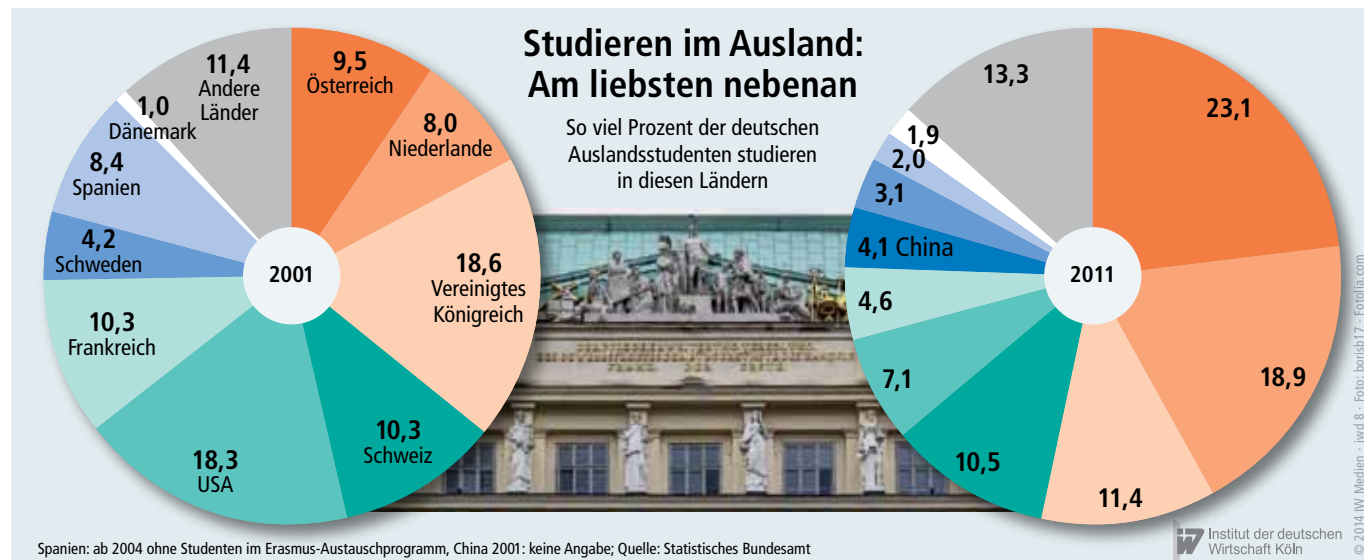
Den Zuschlag bekommt, wer die günstigsten Konditionen anbietet und dabei bestimmte Mindeststandards erfüllt: Die Zinsen für Studiendarlehen müssen unterhalb der üblichen Darlehenszinsen liegen; die Kredite müssen ohne Elternbürgschaft allen Studenten offenstehen, die die Voraussetzung für ein Masterstudium erfüllen; die Kredite können mit den Erasmus-Stipendien kombiniert werden; die Rückzahlung beginnt erst ein Jahr nach Studienende und kann für maximal ein Jahr unterbrochen werden.

schon 2007 in deutsches Bundesrecht umgesetzt worden. Demnach sollen Studienleistungen grundsätzlich anerkannt werden, sofern keine wesentlichen Unterschiede zu den nationalen Studieninhalten bestehen und sicher ist, dass die Studenten weiter erfolgreich studieren, forschen oder arbeiten können. Die deutschen Hochschulen tun sich aber nach wie vor schwer mit dieser großzügigen Auslegung.

An den Fachhochschulen werden lediglich 62 Prozent der ausländischen Studienleistungen anerkannt, an den Unis sogar nur 46 Prozent.

Laut Hochschulrektorenkonferenz (HRK) liegt dies vor allem daran, dass die Hochschulen die Lissabon-Konvention kaum kennen – ein Missstand, den die HRK mit einem Leitfaden ändern will.

Auch bei der Finanzierung wird nachgebessert. Neben den bekannten Möglichkeiten des Bafög oder eines Stipendiums im Rahmen des Erasmus-Austauschprogramms soll es künftig auch möglich sein, ein ganzes Masterstudium im Ausland mit zinsgünstigen, von der EU geförderten Studienkrediten zu finanzieren (Kasten).



50 Euro für eine Stunde

Arbeitskosten. Deutschland wird trotz der zuletzt deutlich gestiegenen Löhne nach wie vor Lohndumping vorgeworfen. Zu Unrecht, denn für die exportstärksten deutschen Industriezweige lässt sich sogar das Gegenteil feststellen: Eine Arbeitsstunde kostet dort oftmals schon mehr als 50 Euro.

Der jüngste Tarifabschluss in der chemischen Industrie – 3,7 Prozent für 14 Monate – dürfte dafür sorgen, dass die hiesigen Unternehmen im internationalen Vergleich weiterhin mit den EU-weit dritthöchsten Arbeitskosten zurechtkommen müssen (Grafik). Nur die chemische Industrie der vergleichsweise kleinen Konkurrenten Belgien und Schweden ist noch teurer.

Der Vorwurf an die deutsche Wirtschaft, sie würde mit Dumpinglöhnen Wettbewerber aus dem Markt drängen, läuft deshalb ins Leere. Das gilt ebenso für die – neben der Chemie – anderen drei exportstarken Branchen, die jeweils mehr als 50 Prozent ihres Umsatzes im Ausland erzielen:

Kraftfahrzeugbau. Ob Mercedes-Benz, BMW, Audi, Porsche oder Volkswagen – die deutschen Automobilmarken haben international einen sehr guten Ruf. Zudem sind sie Imageträger. Wer mit der Marke X unterwegs ist, wird als besonders dynamisch eingeschätzt, wer das Modell Y fährt, gilt als sicherheitsbewusst. Schon wegen dieser Attribute sind die Kunden der deutschen Autobauer bereit, einen höheren Preis zu zahlen. Ein Teil davon findet sich in den hohen Löhnen der Mitarbeiter wieder: Die deutschen Auto-

bauer sind weltweit die einzigen, deren Arbeitskosten bereits die 50-Euro-Marke überschritten haben. Nur Unternehmen in Schweden und Belgien müssen ähnlich hohe Arbeitskosten schultern wie die deutsche Konkurrenz.

Große Autohersteller in Frankreich haben rund 26 Prozent günstigere Arbeitskosten als die deutschen, in Italien sind es sogar mitunter 40 Prozent weniger.

Elektrotechnik und Datenverarbeitung. Wer bei dieser Branche nur an Smartphones und PCs denkt, greift zu kurz. Beide Produktlinien spielen hierzulande keine große Rolle. Bei Arbeitskosten von über 40 Euro ist Deutschland hierfür kein rentabler Produktionsstandort.

Der Wirtschaftszweig punktet allerdings anderswo – etwa bei Mess- und Kontrollinstrumenten, Haushaltsgeräten, Elektromotoren und Batterien. Die gute Performance sorgt letztlich dafür, dass auch die Belegschaften ihren Teil vom wirtschaftlichen Erfolg abbekommen, in Form der europaweit vierthöchsten Arbeitskosten.

Maschinenbau. Im Vergleich zu anderen Branchen sind die deutschen Arbeitskosten hier eher durchschnittlich. Das gilt auch für Frankreich, einen Mitbewerber. Von Kostendumping kann deshalb auch in diesem Fall keine Rede sein.

Insgesamt gesehen ist die deutsche Industrie fast ein Fünftel teurer als die etablierte ausländische Konkurrenz, ganz zu schweigen von den Schwellenländern, die wie China auf Arbeitskosten von teilweise weniger als 5 Euro die Stunde kommen.

Arbeitskosten in der EU: Die Industriebranchen

Arbeitskosten im Jahr 2012 in Euro je geleistete Stunde an den jeweils zehn teuersten Standorten

Chemie und pharmazeutische Industrie

Belgien	59,22
Schweden	56,99
Deutschland	51,13
Frankreich	49,64
Niederlande	47,69
Dänemark	45,39
Österreich	41,29
Irland	40,94
Finnland	38,76
Italien	37,41

Kraftfahrzeugbau

Deutschland	50,02
Schweden	48,22
Belgien	45,68
Österreich	37,35
Frankreich	37,02
Dänemark	34,76
Niederlande	32,14
Finnland	30,59
Italien	29,66
Spanien	26,14

Elektrotechnik, Bau von Datenverarbeitungsgeräten

Schweden	65,95
Belgien	47,12
Frankreich	45,34
Deutschland	42,49
Dänemark	42,34
Österreich	38,83
Niederlande	38,81
Irland	33,16
Italien	32,28
Vereinigtes Königreich	29,53

Maschinenbau

Schweden	43,99
Belgien	41,57
Dänemark	38,93
Deutschland	38,86
Frankreich	37,96
Österreich	35,43
Niederlande	33,59
Finnland	33,07
Italien	29,52
Irland	26,63

Elektrotechnik, Bau von Datenverarbeitungsgeräten: kein Wert für Finnland
 Ursprungsdaten: Eurostat

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Immer noch ein Standortvorteil

Infrastruktur. Die einen loben die Infrastruktur in Deutschland und halten sie für eine Trumpfkarte im internationalen Standortwettbewerb. Andere sehen nur zerbröselnden Beton und lahme Webzugänge. Wie immer liegt die Wahrheit in der Mitte.

Wenn Straßen, Schienen, Wasserwege, die Stromversorgung und die Telekommunikationsstränge in Ordnung sind, also die Infrastruktur stimmt, dann profitieren alle – der Staat, die Bürger und die Unternehmen. Eine Vielzahl internationaler Untersuchungen zeigt, dass einmalige staatliche Infrastruktur-Ausgaben in Höhe von 10 Milliarden Euro die langfristige Wirtschaftsleistung in Deutschland um rund 2,5 Milliarden Euro jährlich steigern.

Wie wichtig eine gute Infrastruktur für die Industrieunternehmen in Deutschland ist, hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) in einer früheren Befragung ermittelt.

Demnach sagten neun von zehn Unternehmen, dass eine stabile Stromversorgung zu den wichtigsten Standortfaktoren gehört. Deutlich mehr als 80 Prozent der Firmen sehen in einem hochwertigen Straßennetz und in einem leistungsfähigen Kommunikationsnetz weitere wichtige Pluspunkte, die einen Standort aufwerten.

Den heutigen Zustand der drei Infrastrukturbereiche Verkehr, Kommunikation und Energie bewerten die Unternehmen mit der Note gut, wobei die Stromversorgung am besten abschneidet.

Trotz des insgesamt recht ordentlichen Zeugnisses haben die Unter-

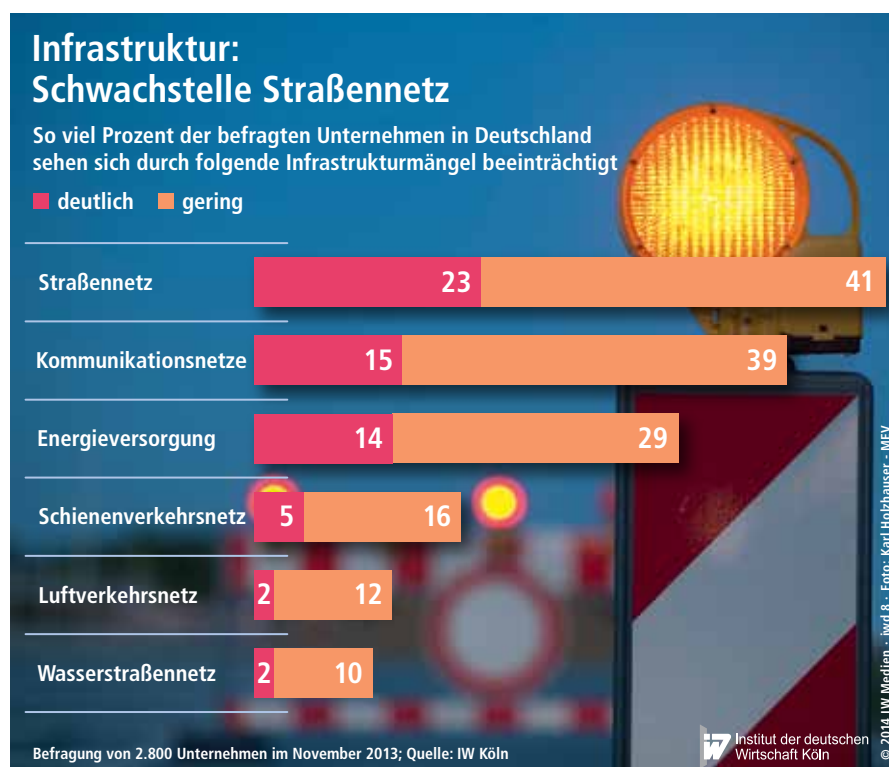
nehmen auch Schwachstellen und Engpässe ausgemacht. So sehen immerhin zwei Drittel der vom IW Köln befragten Unternehmen ihre Geschäfte durch marode Brücken, Straßen oder fehlende Autobahnspuren beeinträchtigt (Grafik). Auch bei den Kommunikationsnetzen ist nicht alles paletti.

Weniger kritisch äußern sich die Firmen zur Energieversorgung. So gut wie nichts zu kritteln haben sie am Schienen-, Luftverkehrs- sowie am Wasserstraßennetz – diese Verkehrswege sind aber für viele Unternehmen nicht so wichtig wie die anderen Infrastrukturen.

Die ostdeutsche Mängelliste unterscheidet sich dabei kaum noch von der westdeutschen. Autobahnen, Datenleitungen und Bahntrassen sind im Osten teilweise jünger, da sie nach der Wiedervereinigung auf Vordermann gebracht wurden. Zum Teil sind moderne Netze – angefangen von Schnellbahntrassen bis zum Turbo-Internet per Funk – aber auch erst in den vergangenen Jahren in ganz Deutschland aufgebaut worden, sodass hier Ost und West auf gleichem Niveau sind.

Allerdings bemängeln mehr west- als ostdeutsche Unternehmen den Zustand der Straßen. Was nicht verwundert, denn die Mittel, die in den Ausbau der ostdeutschen Autobahnen gesteckt wurden, fehlten in den alten Ländern für den Erhalt der bestehenden Pisten. Vor allem Unternehmen in Baden-Württemberg und Norddeutschland sehen großen Sanierungsbedarf.

Damit die Infrastruktur ein Standortvorteil für Deutschland



bleibt und Produktionsprozesse nicht durch Schlaglöcher oder langsames Internet beeinträchtigt werden, muss die Politik zahlreiche Hausaufgaben erledigen (Tableau):

- **Erhalt der Straßen.** In Westdeutschland müssen viele Straßen und Brücken grundlegend saniert werden. Auch Engpässe sind zu beseitigen; oft reicht dazu eine zusätzliche Spur auf der Autobahn oder eine Umgehungsstraße.

- **Modernisierung der Telekommunikationsnetze.** Die Breitbandversorgung hat Lücken: Vielerorts tröpfeln die Bits und Bytes geradezu aus der Leitung. Die Beschleunigung des Datentransfers wird in Zukunft aber zu einem wichtigen Standortfaktor für Industrieunternehmen und Dienstleister. Gerade beim Ausbau des schnellen Netzes der nächsten Generation – LTE-Advanced und Glasfaser – liegt Deutschland zum Teil weit zurück. Immerhin:

Die Bundesregierung will dafür sorgen, dass das schnelle Internet bis 2018 bundesweit verfügbar ist.

- **Anpassung der Stromnetze.** Die Stromversorgung sowie die dahinterliegende Netzinfrastruktur sind in einem guten Zustand, sodass die Versorgungssicherheit in Deutschland im internationalen Vergleich hoch ist. Die zunehmende Einspeisung von Wind- und Sonnenstrom schafft allerdings Probleme (vgl. iwD 6/2014). Die Netze müssen entsprechend aus- und umgebaut werden.

Staat, Unternehmen und private Haushalte werden viel Geld in die Hand nehmen müssen, um die Infrastruktur für die Zukunft zu rüsten. Der Bund zum Beispiel muss mehr Mittel für die Fernstraßen aufbringen – hier hat die Bundesregierung in den vergangenen Jahren zu viel (kaputt-)gespart.

Infrastruktur: Ist und Soll			
	Verkehrsnetz	Breitbandnetz	Stromnetz
Heutiger Zustand	Teile des Netzes bereits im kritischen Bereich, regional stark überlastet	Mittelmäßig	Gut
Prognose	Zunehmende altersbedingte Verschlechterung etwa bei Brücken	Zunehmende Nachfrage nach hohen Bandbreiten	Zunehmende Bedenken wegen der Versorgungssicherheit
Die wichtigsten Aufgaben	Erhalt, Sanierung, Auflösen von Kapazitätsengpässen, Finanzierung	Modernisierung, Ausbau, Anschluss ländlicher Räume	Anpassung, Ausbau im Zuge der Energiewende, Akzeptanz schaffen
Wer über Investitionen entscheidet	Autobahnen: derzeit Bund, Übertragung auf Betreibergesellschaft wäre sinnvoll	Netzbetreiber	Netzbetreiber, werden durch Bundesnetzagentur überprüft
Finanzbedarf	Mehrbedarf von mindestens 40 Milliarden Euro in zehn Jahren allein für Fernstraßen	20 bis 90 Milliarden Euro je nach Ausbau, im Mittel etwa 40 Milliarden Euro in zehn Jahren	40 Milliarden Euro in zehn Jahren
Finanzierung	Indirekt, insbesondere über Mineralöl- und Kfz-Steuer, Lkw-Maut	Durch Kunden	Durch Umlage auf Stromverbrauch, Kontrolle durch die Bundesnetzagentur

Quelle: IW-Zusammenstellung

Institut der deutschen Wirtschaft Köln
© 2014 IW-Medien - Iwd 8 - Foto: GEWA Fotostudio - MEV

Es reicht indes nicht, einfach mehr Geld für Straßen und deren Bau und Erhalt freizugeben, wenn dieses Geld nicht auch effizient eingesetzt wird. Eine Übertragung der Bundesautobahnen auf eine Betreibergesellschaft wäre deshalb ein Schritt in die richtige Richtung. Zum einen könnte der Betreiber stärker an bestimmten Zielkriterien gemessen werden als eine staatliche Bürokratie. Zum anderen könnten auch längerfristige Vorhaben einfacher finanziert werden – das ist mit dem heutigen Haushaltsrecht schwierig, denn das Budget muss jedes Jahr erneut bewilligt werden.

Den Ausbau des Breitbandnetzes müssen private Investoren und damit letztlich die Kunden schultern. Aufgabe der Politik ist es, den Markt für möglichst viele Anbieter zu öffnen,

nicht aber, die Infrastruktur selbst bereitzustellen oder zu finanzieren. So kann der Staat zum Beispiel erlauben, dass Schächte für Breitbandkabel nicht mehr tief verbuddelt werden müssen, sondern auch wenige Zentimeter unter der Straße verlaufen dürfen. Das verringert die Kosten, was wiederum den Kreis der potenziellen Anbieter erweitert.

Die Stromnetze werden von den Netzbetreibern gebaut und betrieben und von den Stromkunden über Netzentgelte finanziert. Die Engpässe sind hier die Genehmigungen und die Akzeptanz des Leitungsbaus vor Ort. Am Geld scheitert es nicht – trotzdem dürfen die Kosten nicht übermäßig in die Höhe getrieben werden, beispielsweise durch großräumige Verlegung der Kabel unter der Erde.

Viel Potenzial für deutsche Firmen

Südostasien. Immer mehr deutsche Industrieunternehmen sind auf den expandierenden südostasiatischen Märkten mit eigenen Produktionsstätten vertreten. Weil solche Investitionen maßgeschneiderte Finanzierungen brauchen, bietet die Region auch den deutschen Finanzdienstleistern neue Chancen.

Zwar sind die Zeiten zweistelliger Wirtschaftswachstumsraten wohl selbst in China vorbei. Das ändert aber nichts an der beeindruckenden Dynamik, mit welcher sich Südostasien in den vergangenen Jahren zu einer starken Wirtschaftsregion entwickelt hat. Inzwischen produzieren China, Indien und Co. jährlich Waren und Dienstleistungen im Wert von 12,4 Billionen Dollar – das entspricht in etwa der Wirtschaftsleistung des gesamten Euroraums.

Ein wichtiger Faktor dieses Erfolgs ist die Integration der südostasiatischen Länder in die Weltwirt-

schaft. Sie wurden damit auch zu riesigen Absatzmärkten, auf denen die deutschen Unternehmen erfolgreich vertreten sind:

Mehr als 43 Prozent aller Güter, die China im Jahr 2012 aus der Europäischen Union importierte, trugen das Label „made in Germany“.

In Südkorea lag der deutsche Marktanteil immerhin bei 35 Prozent – auch dort war die Bundesrepublik der wichtigste europäische Lieferant.

Die deutsche Wirtschaft punktet besonders mit Erzeugnissen der Fahrzeugindustrie sowie des Maschinenbaus – im Jahr 2012 kamen mehr als 50 Prozent der deutschen Exporte nach China aus diesen Branchen, in Südkorea waren es über 40 Prozent.

In Deutschland beheimatete Unternehmen sind aber auch immer häufiger mit eigenen Fertigungsbetrieben an asiatischen Standorten vertreten. Vor allem das Engagement

im Reich der Mitte hat stark zugenommen:

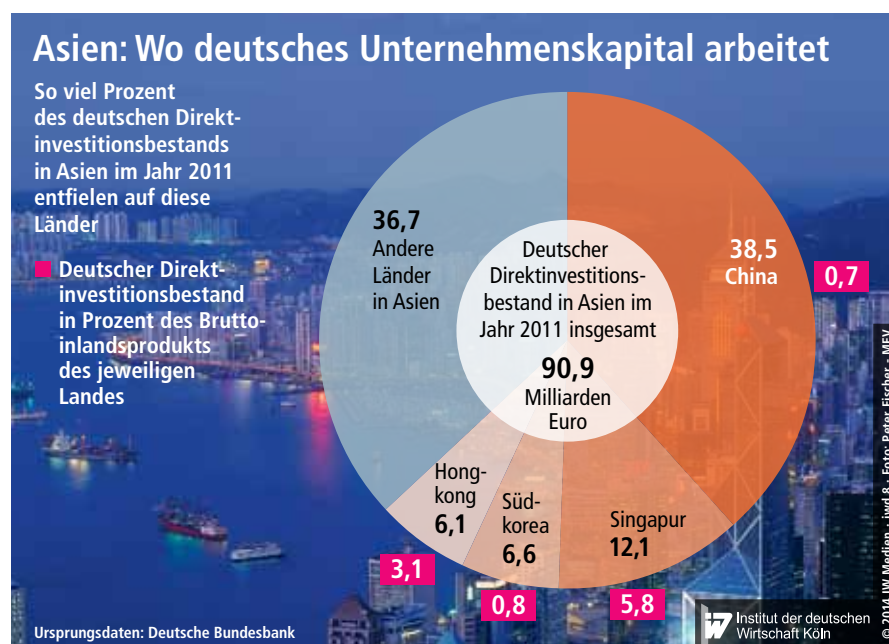
Der Bestand an deutschen Direktinvestitionen in China hat sich seit 1995 von 800 Millionen Euro auf fast 35 Milliarden Euro erhöht.

Damit entfallen fast 39 Prozent des deutschen Direktinvestitionsbestands in Asien auf China (Grafik).

Ihre Investitionen in Südostasien wickeln die deutschen Unternehmen insbesondere über die Finanzzentren Hongkong und Singapur ab. Von 2000 bis 2012 summierten sich beispielsweise die von hier nach Singapur geflossenen Direktinvestitionen, Finanzanlagen und Bankguthaben auf fast 20 Milliarden Euro – das entspricht mehr als 9 Prozent der Wirtschaftsleistung des Stadtstaates. In Hongkong machten die deutschen Kapitalzuflüsse immerhin gut 4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus.

Ergo bietet Südostasien auch den deutschen Finanzdienstleistern neue Geschäftschancen. Denn die deutschen Firmen, die dort tätig sind, greifen gerne auf vertraute, passgenaue Finanzierungen zurück – etwa wenn es um die Beschaffung von Fremdkapital über Unternehmensanleihen oder Kredite geht.

Wenn auf diese Weise der Erfolg der deutschen Unternehmen in Südostasien wächst, profitiert davon auch der Standort Deutschland. Denn laut einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertags waren in den vergangenen Jahren gerade jene Firmen, die Auslandsinvestitionen planten, auch diejenigen, die in Deutschland mehr investieren und zusätzliche Arbeitsplätze schaffen wollten.



Unbegründete Ängste

Preise. Es ist ein Klischee, aber es bestätigt sich doch immer wieder: In Sachen Geld sind die Deutschen Sicherheitsmenschen. Aktuell machen sie sich Sorgen, dass die Rettungsaktionen der Europäischen Zentralbank (EZB) zu einer drastischen Inflation führen könnten – zugleich befürchten sie aber auch das Gegenteil: Deflation.

Dass die Bundesbürger chronisch Angst vor einem Wertverfall des Geldes haben, erklären Historiker mit der Hyperinflation vor 90 Jahren – eine Erfahrung, die sich ins Bewusstsein eingebrannt hat. Für diese Sorge gibt es derzeit anscheinend sogar konkrete Anlässe: In vielen Ländern sind die Produktionskapazitäten nicht ausgelastet, das lässt die Preise kaum noch steigen. Wenn die Konsumenten dann auf sinkende Preise spekulieren, bremst dies die Wirtschaft zusätzlich aus und es kommt zu einem Teufelskreis aus fallenden Preisen und fallender wirtschaftlicher Aktivität.

Mit Blick auf die Fakten müssen die Deutschen derzeit aber weder eine hohe Inflation noch eine Deflation fürchten (Grafik).

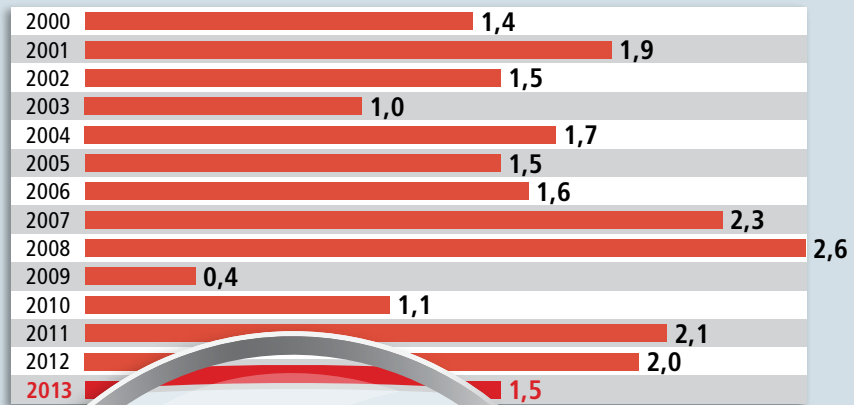
Die Verbraucherpreise in Deutschland stiegen 2013 um 1,5 Prozent – dies ist etwas weniger als im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2013.

Damit ist die Inflationsrate weit entfernt von der Nulllinie, also vom Deflationsbereich. Sie liegt aber auch nicht über der 2-Prozent-Marke, ab der von einer verstärkten Inflation die Rede ist. Zwischen 0 und 2 Prozent herrscht Preisstabilität.

In den Jahren 2011 und 2012 lag die Inflationsrate in Deutschland mit

Inflation in Deutschland

Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Veränderung 2013 gegenüber Vorjahr in Prozent

Nahrungsmittel und Getränke	3,9
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	2,5
Hotels und Gaststätten	2,3
Alkohol und Tabak	2,1
Miete, Wasser und Energie	2,0
Andere Waren und Dienstleistungen	1,7
Bildung	1,2
Kleidung und Schuhe	1,1
Möbel, Leuchten, Haushaltszubehör	1,0
Verkehr	-0,2
Nachrichtenübermittlung	-1,5
Gesundheit	-3,7
Verbraucherpreise insgesamt	1,5

Quelle:
Statistisches Bundesamt

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iw-d 8

jeweils rund 2 Prozent genau an dieser Schwelle. Die steigenden Energiepreise hatten die Teuerung seinerzeit deutlich nach oben getrieben – 2011 um einen Prozentpunkt, 2012 um einen halben Prozentpunkt.

Im vergangenen Jahr wurde die Inflationsrate aber kaum von großen Energiepreisschwankungen beeinflusst. Öl und Strom verteuerten sich zusammen nur durchschnittlich – aufgrund der rückläufigen Heizöl- und Kraftstoffpreise. Die Strompreise allein zogen allerdings wegen der EEG-Umlage um satte 11,9 Prozent an.

Nicht ganz so drastisch, aber deutlich überdurchschnittlich war die Teuerung auch bei Lebensmitteln – für sie mussten 2013 rund 4 Prozent mehr bezahlt werden als noch 2012. Aufgrund einer schlechten Ernte legten beispielsweise die Preise für Kartoffeln um nahezu 30 Prozent zu, die für Äpfel um 15 Prozent.

Die Verbraucher wurden aber auch entlastet: Preisrückgänge gab es zum Beispiel bei Telekommunikationsdienstleistungen und Unterhaltungselektronik. Auch die Abschaffung der Praxisgebühr entlastete das Konto der Konsumenten.

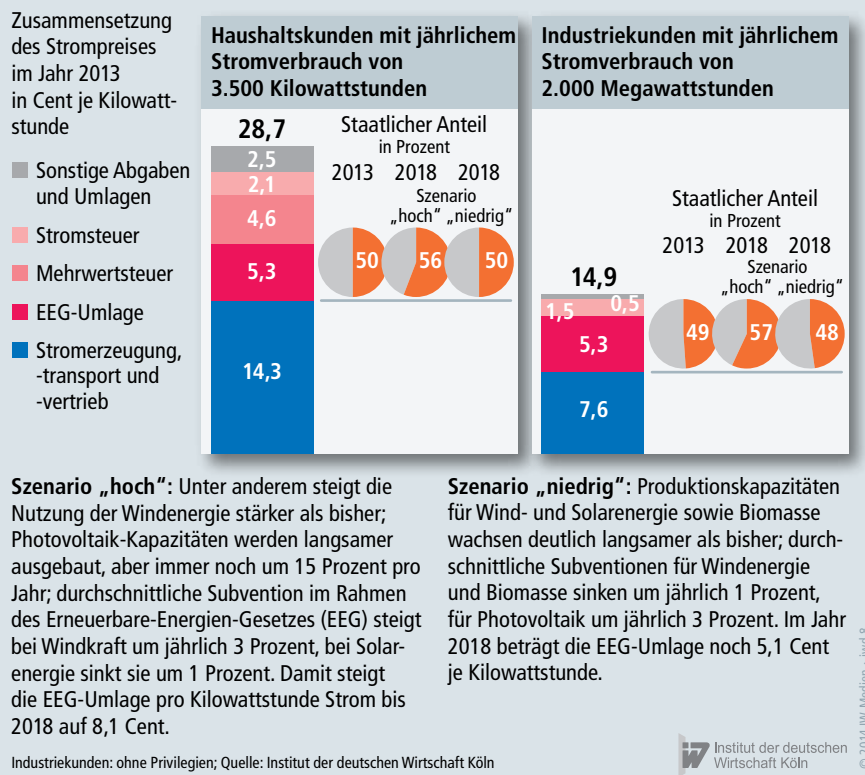
Mehr Staat als Markt

Strompreis. Seit der Strommarkt 1998 reformiert wurde, soll eigentlich der Wettbewerb den Strompreis bestimmen. Tatsächlich aber besteht ein immer größerer Teil dessen, was Haushalte und Firmen für Strom bezahlen, aus vom Staat festgelegten Abgaben.

In diesem Jahr werden die privaten Stromverbraucher insgesamt mehr als 30 Milliarden Euro an den Staat abführen. Mit 51,7 Prozent war der Anteil, den der Staat vom Strompreis kassiert, noch nie so hoch wie 2014. Zu der traditionellen Konzessionsabgabe und der Mehrwertsteuer hinzu kommen unter anderem die Stromsteuer, die Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sowie ein Aufschlag zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung.

Wenn die Bundesregierung den Strommarkt nicht umgestaltet, könnte der staatliche Anteil am Strompreis bis 2018 für private Kunden

Strompreise: Staat kassiert kräftig mit



den bis auf 56 Prozent steigen (Grafik). Das liegt vor allem am EEG:

Im Jahr 2014 betragen die an die Anlagenbetreiber ausgezahlten Subventionen für die erneuerbaren Energien gut 19 Milliarden Euro – ohne EEG-Reform könnten es in vier Jahren mehr als 31 Milliarden Euro sein.

In diesem Szenario würde sich die EEG-Umlage auf bis zu 8,1 Cent je Kilowattstunde Strom erhöhen. Auch wenn der eigentliche Marktpreis – also der an den Strombörsen fällige Preis plus Vertriebskosten und Netzentgelte – konstant bliebe, müssten die privaten Haushalte 2018 für jede Kilowattstunde 13 Prozent mehr bezahlen als heute. Für Indus-

trikunden, die nicht von Ausnahmeregelungen profitieren, stiege der Strompreis sogar um 19 Prozent. Über 57 Prozent dessen, was Industriefirmen für Strom zahlen, wären dann staatlich festgelegte Abgaben.

Selbst wenn die Kapazitäten für die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien langsamer wüchsen und die Kosten für die Ökostromproduktion schnell sanken, würde der Staat von den Verbrauchern 2018 immer noch rund die Hälfte des Strompreises kassieren. Eine echte Entlastung für die Stromkunden könnte nur eine EEG-Reform bringen, die für mehr Wettbewerb und Effizienz sorgt (vgl. iwd 6/2014).

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber

Redaktionsassistent: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 8,84/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Aboservice: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iw.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.